

Der Spion in der Hosentasche

In Kürze

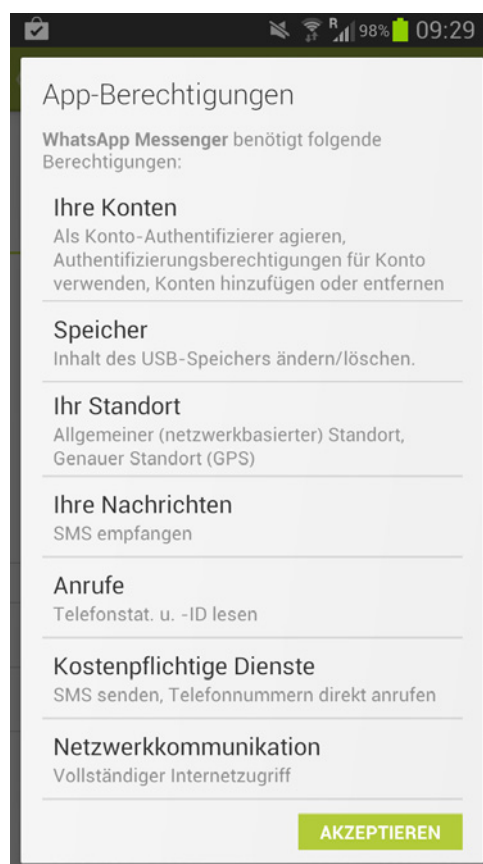
- Smartphones wissen wo wir sind, mit wem wir kommunizieren, was uns interessiert und vieles mehr.
- Kundenprofile mit Geodaten und anderen Informationen anzureichern, ist ein einträgliches Geschäft.
- Auf durch die Verfassung geschützte Rechte, wie den Schutz der Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung, wird in der Regel keine Rücksicht genommen.

Worum geht es?

Die zunehmende Ausstattung mobiler Geräte mit GPS-Sensoren und die steigende Durchdringung des Marktes mit Smartphones haben zu einem Problem geführt, dem bisher noch kaum Beachtung geschenkt wird: Der Analyse und Ausbeutung von Geodaten. Möglich wird das vor allem dadurch, dass der Funktionsumfang von Smartphones mit Anwendungsprogrammen (Apps) erweitert werden kann. Die heute selbstverständliche Verfügbarkeit von Geodaten, sowie die genaue Zuordenbarkeit einzelner Geräte zu bestimmten Personen ermöglichen Werbetreibenden (und Ermittlungsbehörden) eine neue Dimension der Profilerstellung, die hohe Profite für die nächsten Jahre verspricht. Die NutzerInnen sind sich der Folgen dieser Profiling-Prozesse einerseits kaum bewusst, andererseits sehen viele in ihrem Grundrecht auf Privatsphäre ein vernachlässigbares Gut. Die Hersteller und Service-Anbieter nehmen hingegen ihre Verantwortung für die KonsumentInnen kaum wahr. Datenschutzeinrichtungen sind oftmals nicht in der Lage, bestehendem Recht zur Durchsetzung zu verhelfen. Ihre beschränkten (nationale) Zuständigkeiten, die unübersehbare Menge an Apps und die hohe Dynamik in diesem Feld machen dies auch nahezu unmöglich.

Vor allem die hohe Verbreitung von Smartphones und geodatenbasierten Services unter Jugendlichen ist bedenklich. Während die Gesellschaft diese Bevölkerungsgruppe für besonders schutzwürdig hält, und man als Kind und JugendlicheR als nicht voll geschäftsfähig gilt, scheint diese Altersgruppe in Bezug auf die Smartphonennutzung dem Streben nach Überwachung und/oder Profitmaximierung verschiedener Unternehmen hilflos überlassen zu werden. Über alle Altersgruppen hinweg steigt die Anzahl der Smartphone-BesitzerInnen kontinuierlich und hinterlässt so eine große Menge KonsumentInnen, die von dieser (teilweise privatwirtschaftlichen) Überwachung betroffen sind.

Nicht alle Apps, die Ortungsdaten verwenden, sind problematisch; Navigations-Apps etwa erbringen durch die Nutzung von Geodaten einen unbestreitbaren Nutzen. Zahlreiche Anwendungen kann man aber getrost als Fassade für Kundenüberwachung bezeichnen, weil sie Daten sammeln, die für die versprochene Funktion nicht relevant sind, und diese an Hersteller und Werbenetzwerke übertragen. So ermittelt z.B. „Text Plus“, eine App für Textnachrichten, Geschlecht, Alter, Position und Telefon-ID und überträgt sie an sieben internationale Werbenetzwerke.



Zugriffswünsche von What'sApp auf Android

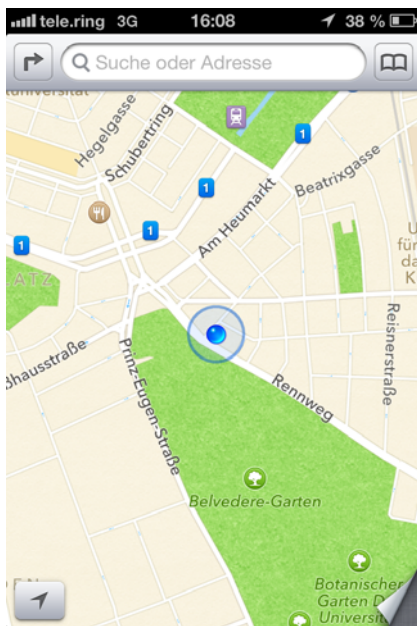
Daraus ergeben sich gesellschaftspolitisch wichtige Fragen: Was könnte man der Marktmacht großer IT-Konzerne und intransparent agierender Werbenetzwerke entgegensetzen? Was bedeutet es für eine demokratische Gesellschaft, wenn durch diese Überwachung Abhängigkeitsverhältnisse entstehen? Wer wird sich dem in Zukunft entziehen können?

Eckdaten

Projekttitle:	Aktuelle Fragen der Geodaten-Nutzung auf mobilen Geräten
Projektteam:	Peissl, W., Sterbik-Lamina, J., Rothmann, R., Čas, J.
Laufzeit:	01/2012 – 08/2012
Auftraggeber:	Bundesarbeitskammer, Abt. f. Konsumentenschutz

Wesentliche Ergebnisse

Smartphones sind auf Grund ihres Designs (tragbar, leicht, mit vielen Funktionen und Sensoren ausgestattet) und der Art, wie sie verwendet werden (Smartphones werden oft unterwegs genutzt und so gut wie nie hergegeben oder zurückgelassen) eng mit dem täglichen Leben der NutzerInnen verbunden. Erfasste Bewegungsmuster geben einen tiefen Einblick in intime Details des Privatlebens. Diese Daten, so wie andere am Telefon gespeicherte Informationen, wecken Begehrlichkeiten bei diversen Organisationen. Ganz besonders auffällig ist die Ausbeutung dieses Wissens durch Werbenetzwerke: Es kann davon ausgegangen werden, dass zahlreiche Apps primär zur Datensammlung angeboten werden.



Apple Maps auf iOS

Das Ausmaß des wachsenden Wissens- und Machtgefälles zwischen Anbietern und KonsumentInnen ist nicht zuletzt auch demokratiepolitisch bedenklich. NutzerInnen von Smartphones haben keinen Einblick in die Prozesse, denen sie sich durch die Verwendung so eines Geräts unterwerfen. Sie können die zukünftige Bedeutung der Weitergabe ihrer Daten kaum abschätzen und können daher auch keine informierte Zustimmung zu den diversen mit einer App verbundenen Datenverarbeitungen und -weitergaben erteilen. Im Bereich des Datenschutzes gibt es ein eklatantes Vollzugs- und Durchsetzungsdefizit. Viele BürgerInnen in Europa mussten das bereits erfahren, wenn sie versuchten die Kontrolle über ihre Daten zu bewahren.

Was tun?

Folgende Anregungen an Politik und Öffentlichkeit können aus Sicht der Technikfolgenabschätzung gegeben werden:

Die Politik könnte sich darüber Gedanken machen, was es für eine Demokratie bedeutet, wenn zum einen bestimmte Rechtsbereiche gar nicht durchgesetzt werden und zum anderen durch die Verfassung geschützte Grundrechte jederzeit zur Profitmaximierung erodiert werden können.

Ähnlich wie im Wettbewerbsrecht, wo die Europäische Kommission gegen große Unternehmen Stellung bezogen hat, dürfte auch hier die europäische Zusammenarbeit der sinnvollste Weg zur Regulierung dieses Binnenmarktproblems sein.

Datenschutzverantwortliche brauchen mehr Geld und Personal, um sich auf supranationaler Ebene zu koordinieren – eventuell gemeinsam mit der Europäischen Kommission – und um, trotz der Vielzahl von Apps und der sehr dynamischen Rahmenbedingungen, dem Grundrecht auf Datenschutz zum Durchbruch zu verhelfen.

Hersteller von Smartphones und Betriebssystemen sollten das durch die Verfassung geschützte Recht auf informationelle Selbstbestimmung anerkennen. Die Durchsetzung könnte durch mehr Transparenz und ein besseres Rechtemanagement im Betriebssystem gefördert werden.

KonsumentInnen empfehlen wir, Vorsicht bei der Auswahl der installierten Apps walten zu lassen, und jede Möglichkeit, die das Betriebssystem bietet, zu nutzen, um nicht notwendige Zugriffe auf Daten zu beschränken.

Zum Weiterlesen

Rothmann, R.; Sterbik-Lamina, J.; Peissl, W.; Čas, J. (2012): Aktuelle Fragen der Geodaten-Nutzung auf mobilen Geräten – Endbericht. Nr. ITA-PB A63; Institut für Technikfolgen-Abschätzung (ITA), Wien
<http://epub.oeaw.ac.at/ita/ita-projektberichte/d2-2a63.pdf>

Kontakt

Jaro Sterbik-Lamina, MSC

E-mail: tamail@oeaw.ac.at

Telefon: +43(1)51581-6582

